

**17. Sitzung des Deutschlandradio-Verwaltungsrates (V. Amtsperiode), 19. September 2018
Ergebnisse und Teilnehmer****Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzung**

Der Verwaltungsrat von Deutschlandradio kam am 19. September in einer Schaltkonferenz zu seiner 17. Sitzung der laufenden Amtsperiode zusammen. Er befasste sich mit dem Jahres- und Konzernabschluss 2017. Die Wirtschaftsprüfer hatten keine Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Abrechnung des Wirtschaftsplans; sie attestierten eine ordnungsgemäße Haushaltsabrechnung und konnten keine Hinweise zu Unregelmäßigkeiten feststellen. Auf dieser Grundlage erteilten sie einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk; der Verwaltungsrat beschloss anschließend, dem Hörfunkrat unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Jahresabschlusses 2017 durch den Hörfunkrat, die Entlastung des Intendanten von Deutschlandradio für das Jahr 2017 vorzuschlagen.

Das Gremium befasste sich in erster Lesung mit dem von Deutschlandradio vorgelegten Wirtschaftsplan 2019. Im Vergleich zur letzten „Mittelfristigen Finanzplanung“ erwartet Deutschlandradio eine Verschlechterung des Finanzergebnisses in Höhe von etwa 2,1 Mio. Euro auf einen Fehlbetrag von 18,7 Mio. Euro. Das Ergebnis der Ertrags- und Aufwandsrechnung verbessert sich dabei um 6,3 Mio. Euro auf einen Fehlbetrag von 29,5 Mio. Euro. Der Intendant unterstrich, nach der KEF-Systematik könne man per Ende 2020 mit einem Resteigenmittelbestand in Höhe von knapp 21 Mio. Euro rechnen.

Der Intendant unterrichtete das Gremium daneben über den mit der MA Audio 2018 II vermeldeten neuen Hörerzahlen-Rekord. 2,03 Mio. Hörerinnen und Hörer habe der Deutschlandfunk jetzt, soviel wie noch nie. Auch die Zahlen der Dlf Audiothek seien sehr erfreulich: Im Juli 2018 seien 3,2 Mio. Wiedergaben gezählt worden (Sept. 2017: 1,1 Mio.). Er berichtete außerdem über den Stand der Baumaßnahmen auf dem benachbarten Gelände der Deutschen Welle, den Stand der Tarifverhandlungen über Strukturfragen zur Vergütung von freier Mitarbeit und das Freienstatut, über die UKW-Abschaltung und Umstellung auf DAB+ in Helgoland und Mittenwald, die Jahresabschlussbesprechung mit den Landesrechnungshöfen Berlin und NRW und über den Umzug des Deutschlandradio-Studios in Brüssel in das Gebäude des WDR.

Der Verwaltungsrat stimmte außerdem dem von Deutschlandradio vorgelegten Maßnahmenplan zum Funkhaus Berlin zu. Dort stehen kurz- und mittelfristig umfangreiche Baumaßnahmen an, um die Substanz des Gebäudes sowie die Funktionsfähigkeit der Anlagen zu erhalten. Um die Vorhaben inhaltlich und zeitlich vernünftig abstimmen zu können, habe man sich entschieden, alle wesentlichen Vorhaben zu bündeln. Im ersten Bauabschnitt bis 2020 enthalte der Plan ein Volumen in Höhe von rund 9,4 Mio. Euro.

Den vorgeschlagenen Beschaffungen / Beauftragungen / Bestellungen wurde zugestimmt.

Folgende Mitglieder des Verwaltungsrates haben an der Sitzung teilgenommen:

Dr. Thomas Bellut (Vorsitzender des Deutschlandradio Verwaltungsrates)
Tom Buhrow (Stellvertretender Vorsitzender des Deutschlandradio Verwaltungsrates)

Karin Brieden, Björn Böhning, Isabel Pfeiffer-Poensgen, Patrica Schlesinger

* * *

Zusätzliche Informationen zum Deutschlandradio Verwaltungsrat, über seine Mitglieder und Arbeitsschwerpunkte finden sich unter <http://www.deutschlandradio.de/gremien>